

Kanton Wallis

Boom zeigt Nebenwirkungen

Der Wohnungsmarkt im Oberwallis wird momentan von der Dynamik des Lonza-Booms erfasst, während der Life-Science-Konzern seine Altlasten bereinigen muss. Evaluiert wird der Ausbau der Wasserkraft und der Photovoltaik im grossen Stil. Die Kommunen bauen die Fernwärmenetze aus, und der Kanton erweitert in Brig das Spital. Insgesamt sind die Kantonsfinanzen trotz Corona-Verwerfungen solide.

Von Stefan Schmid

Im Oberwallis eine Wohnung zu finden, ist momentan ein schwieriges Unterfangen. Aufgrund der dynamischen Bevölkerungsentwicklung ist der Wohnungsmarkt praktisch ausgetrocknet nach Jahren hoher Leerstandquoten in der Region. Auch der Anteil inserierter Wohnungen am Gesamtbestand ist stark gesunken, in Visp und Naters auf jeweils 1,8 Prozent, in Brig-Glis sogar auf 0,9 Prozent. Die Angebotsquote ist auch deutlich tiefer als in Städten wie Zürich mit 3,0 oder Bern mit 4,7 Prozent, wie das Immobilienberatungsunternehmen Wüest und Partner auf Basis von Zahlen des vierten Quartals eruiert hat. Auch die Mietpreise sind deutlich angestiegen. Der vom Life-Science-Konzern

Lonza ausgelöste Boom hat damit definitiv auch den Wohnungsmarkt erreicht. Dem Ruf des Zulieferers wichtiger Komponenten für die Pharmabranche folgten in den letzten zwei Jahren über 2000 Personen aus allen Ecken der Welt. Das Angebot dürfte schon bald wieder grösser werden, denn in den Oberwalliser Agglomerationen sind zahlreiche Wohnbauprojekte geplant oder in Bau. Das dürfte die Wohnungsknappheit etwas lindern, doch der Ausbau beim Oberwalliser Standort geht weiter, und der Personalbestand wird laufend erhöht.

Die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt angefacht hat auch die Covid-Pandemie, während der viele die Möglich-

keit des ortsungebundenen Arbeitens nutzen und ihr Homeoffice in den Bergen verlegten. Der Aufenthalt in alpiner Umgebung weckte den Wunsch nach einem eigenen Feriendomizil, was in den letzten beiden Jahren die Preise für Eigentumswohnungen, die als uneingeschränkter Zweitwohnsitz genutzt werden können, im Schnitt um 8,1 Prozent ansteigen liess. Laut Statistiken von Wüest Partner war der durchschnittliche Preiszuwachs in den Tourismusregionen sogar noch grösser als in der Gesamtschweiz.

Den Traum vom Ferienhaus liesse sich allenfalls auch mit der Umnutzung von ehemaligen Ökonomiegebäuden realisieren. Doch nach einem Entscheid des Bundesgerichts vom August ist dies schwieriger geworden. Es hatte eine Beschwerde des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) zu beurteilen. Demnach darf im Binnital eine einfache und teils zerfallene Stallscheune ausserhalb der Bauzone nicht in ein Ferienhaus umgebaut werden. Im

Kanton stehen rund 30 000 solche Objekte, vor allem Ökonomiegebäude ohne Wohnnutzung. Die kantonale Baukommission (K BK) bewilligt laut dem «Walliser Boten» (WB) nur 0,9 Prozent der Baugesuche, und dies nur unter strengen Auflagen. In der Zeitung wird die Frage aufgeworfen, ob das Wallis bald zum Tal der Ruinen werden könnte.

Energiegesetz mit Anreizen

Bis 2060 will der Kanton den Energiebedarf zu 100 Prozent mit erneuerbaren und einheimischen Energiequellen decken. Dazu braucht es einen vollständigen Umbau der Energieversorgung und ein neues Energiegesetz. Doch dessen Entwurf hatte in der Vernehmlassung einen schweren Stand. Den einen ging das Gesetz teilweise zu weit. Auf die finanziellen Möglichkeiten der Eigentümer sei Rücksicht zu nehmen. Zudem seien Installationen von Solaranlagen nicht überall wirtschaftlich. Ausnahmen beim Ortsbildschutz in Dorf-

kernzonen, Steinplattenperimetern oder der Ausrichtungen von Dächern verunmöglichten diese sogar. Dagegen monierten Grüne und linke Kreise, dass im Gesetzesentwurf nicht geregelt sei, wie der fehlende Winterstrom produziert werden soll.

Die Regierung will nach den Ergebnissen der Vernehmlassung vor allem auf finanzielle Anreize setzen und auf zwingende Massnahmen weitgehend verzichten. Der Entwurf sieht aber beispielsweise vor, dass innerhalb von 15 Jahren die zentralen Elektroheizungen durch Systeme mit Wärme aus erneuerbaren Energiequellen ersetzt werden. Staatsrat Roberto Schmidt, der einst als Nationalrat mit einer Motion den Atomausstieg in der Schweiz beschleunigte und das Energiedossier betreut, will, dass das Gesetz auch an der Urne Bestand hat, hatte doch die Walliser Bevölkerung letztes Jahr das CO₂-Gesetz mit einem Nein-Anteil von 61 Prozent wuchtig verworfen. Über das neue Gesetz entscheidet der Grosse Rat im Herbst.

Photovoltaik im grossen Stil

Bei der Diskussion um das neue Energiegesetz ein Thema waren auch grossflächige Photovoltaikanlagen, die im hochalpinen Raum einen hohen Wirkungsgrad erreichen und wertvollen Winterstrom liefern könnten. Gemäss den Energieperspektiven des Bundes sollten im Jahr 2050 rund 40 Prozent der Stromproduktion aus Solaranlagen stammen, was rund 34 Terawattstunden TWh entspricht. Tatsächlich bewegt sich in der Schweiz die jährliche Produktion von Solarstrom bei lediglich



Das Life-Science-Unternehmen Lonza baut den Standort Visp zu einem der führenden Hightechzentren aus und investiert dafür bis 2024 kräftig.



An einem topografisch idealen Standort oberhalb von Gondo ist eine grossflächige Solaranlage geplant. Die Erschliessung könnte über eine temporäre Seilbahn erfolgen, der Strom über ein erdverlegtes Kabel ins nahe Verteilnetz eingespeist werden.

Wallis	2020	2021
Bevölkerung (* prov. Zahl)	348 503	353 085*
Bevölkerungswachstum	0,80 %	1,31 %
Leerwohnungen	2,40 %	2,29 %
Fläche in km ²	5224,8	

Quelle: Bundesamt für Statistik

zwei TWh. In einem Schreiben an Bundesrätin Simonetta Sommaruga im letzten Jahr kommt der Staatsrat zum Schluss, dass die technische Machbarkeit für einen massiven Ausbau der Photovoltaik mittels Grossanlagen zwar vorhanden ist, doch Gesetzesänderungen zwingend erforderlich sind. Auch seien Planungs- und Bewilligungsverfahren zu vereinfachen und zu verkürzen. Zudem brauche es die Unterstützung des Bundes für die Bezeichnung von geeigneten Gebieten und die Klassierung von Grossanlagen als Projekte von nationalem Interesse.

Gondo und Grengiols als Beispiele

Inzwischen hat jedoch Gondo-Solar von sich reden gemacht. Oberhalb des Dorfes könnten 4500 bifaziale Solarelemente die Produktion von 23,3 Millionen Kilowattstunden (KWh) Strom ermöglichen, was dem durchschnittlichen Jahresbedarf von mindestens 5200 Haushalten entspricht. Aufgrund der Topographie steht das Alpengebiet praktisch das ganze Jahr über im vollen Sonnenlauf. Der Energiekonzern Alpiq steht hinter dem Projekt, das vor allem bei starker Nachfrage im Winter Strom liefern könnte.

Ein Projekt ganz anderer Dimension ist Grengiols-Solar, bei dem in einem Tal südlich des Dorfes auf fünf Quadratkilometern Panels installiert werden sollen. Die Grossanlage würde einen geschätzten Energieertrag erzielen, der jenem der Grande Dixence entspricht. Für das Projekt wird ohne Berücksichtigung von Solarfördergeldern des Bundes mit Investitionen von 750 Millionen Franken gerechnet.

Wasserkraft: acht Projekte evaluiert

Ein Ausbau der Wasserkraft bleibt eine weitere Option. Oberhalb von Zermatt liesse sich bei einer natürlichen Verengung des Tals mit einer «relativ kleinen Talsperrre» ein grosses Stauvolumen realisieren. Vorteilhaft wäre zudem, dass das Wasser von der Kraftwerkanlage der Grande Dixence genutzt werden könnte und dazu einzig zusätzlich ein Pumpwerk gebaut werden müsste. Die Produktionskapazität würde rund von 650 KWh betragen, was dem jährlichen Verbrauch von etwa 150 000 Haushalten entspricht. Von Seiten der Alpiq AG werden die Investitionskosten gegenüber dem «Walliser Boten» auf rund 250 Millionen Franken geschätzt. Für die Gemeinde Zermatt bietet die Stauwand zugleich die Möglichkeit, den Hochwasserschutz zu verbessern.

Doch für das Gebiet, das sich im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung befindet, gilt grundsätzlich ein Bauverbot. Bei Projekten, die dem Hochwasserschutz und der Versorgungssicherheit dienen, ist jedoch eine Interessenabwägung mit den Anliegen des Natur- und Landschafts-

schutzes vorzunehmen. Schweizweit wird der Bau von 15 Speicherwasserkraftwerken evaluiert, von denen sich neben dem Gernerprojekt sieben weitere im Wallis befinden. Zusammen könnten alle diese rund zwei TWh Strom produzieren. Doch das reicht bei weitem nicht aus, um den Strombedarf zu decken. Denn mit dem Atomausstieg und dem nach wie vor steigenden Verbrauch fehlen laut Schätzungen von Behörden und Kraftwerksbetreibern bis 2050 rund 50 TWh. Mit Blick auf die Energiestrategie 2050 und aus Sorge um eine allfällige Versorgungslücke hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga daher alle beteiligten Parteien Ende letzten Jahres zu einem Gespräch eingeladen.

Heimfall der Kraftwerke

Im Kanton, der 28 Prozent der Schweizer Wasserkraftenergie abdeckt, wird die Heimfallstrategie konkret. Wie die Gemeinden und der Kanton gemeinsam mit den Kraftwerksbetreibern künftig die Stromproduktion gestalten wollen, zeigt sich Ende Mai, wenn die Urversammlungen der Gemeinden Ried-Brig und Brig-Glis über den Heimfall des Kraftwerks Saltina entscheiden. Es handelt sich um einen der ersten Heimfälle, mit denen sich Kanton und Gemeinden beschäftigen müssen.

Kanton und Gemeinden können damit rechnen, dass die Wasserzinsen bis 2030 nach dem aktuell gültigen Modell abgegolten werden. Das eidgenössische Parlament wollte ursprünglich ab 2025 eine neue Art der Zuteilung. Unterstützung kam von einer Allianz aus dem linken und grünen Lager, das mit der Förderung der erneuerbaren Energien vorwärts machen will. Der Kanton erhält jährlich rund 165 Millionen Franken an Wasserzinsen.

Sitten geht voran

Die Kantonshauptstadt hat die Energiewende eingeleitet und lässt nun entsprechende Taten folgen. Bis 2025 sollen in Sion rund 10 000 Haushalte ans Fernwärmenetz angeschlossen werden, das die Heizenergie von der Kehrlichtverbrennungsanlage im nahen Uvrier bezieht. Dadurch soll der Energieverbrauch um 24 Prozent gesenkt und die Nutzung fossiler Brennstoffe auf 48 Prozent begrenzt werden, wie Stadtpräsident Philippe Varone die Ziele des Projekts gegenüber der Zeitung «Nouveliste» umreisst. Insgesamt betragen die Projektkosten rund 100 Millionen Franken. Im Mittel- und Unterwallis ist in weiteren Gemeinden der Ausbau des Fernwärmenetzes ge-



Anfang April war Spatenstich für den Ausbau des Spitalzentrums Oberwallis. Damit wird die Spitalversorgung in Brig konzentriert. Wie das alte Spitalgebäude in Visp umgenutzt wird, ist noch unklar.

plant, an das bis 2035 rund 20 000 Haushalte angeschlossen werden sollen. In Vétroz geht ab Sommer zudem schrittweise ein Biomassenkraftwerk in Betrieb, das Reste der Holz- und Landwirtschaft der Region verwertet und rund 8000 Haushalte mit Strom und etwa 7000 Haushalte mit Wärme versorgen wird. Rund 100 Millionen Franken wurden in die Produktionsanlagen für erneuerbare und CO₂-neutrale Energie investiert.

Kanton hat mehr investiert

Obwohl die Zahl der Coronafälle zeitweise in die Höhe schoss, kam das Wallis zumindest finanziell, wie die allermeisten Kantone, glimpflich durch das letzte Jahr. Die Staatsrechnung 2021 konnte einen Überschuss von 3,3 Millionen Franken verbuchen, etwas weniger als budgetiert. Das ausgeglichene operative Ergebnis ist laut dem Kanton insbesondere auf höhere Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank sowie auf höhere Fiskaleinnahmen bei Liegenschaften und von juristischen Personen zurückzuführen. Zudem hat der Kanton den Betriebsaufwand reduziert. Der Kanton konnte die Investitionen im Vergleich zum Jahr davor um 7,2 Prozent ausweiten auf brutto 521,8 Millionen Franken.

Auch die Wirtschaft entwickelte sich solide. Die für den Kanton wichtige Tourismusbranche zeigte sich widerstandsfähig, insbesondere das Hotel- und Gastgewerbe.

Letzten Sommer buchten vermehrt wieder ausländische Gäste, wie eine Analyse von BAK Economics im Auftrag der Walliser Kantonalbank zeigt. Laut Zahlen von Schweiz Tourismus weist der vergangene Winter auf eine allgemeine Erholung der Branche hin. Bei den Exporten konnte der Kanton 2021 Dynamik entfalten. Diese erhöhten sich um 16,5 Prozent, Haupttreiber waren die chemischen Rohstoffe (+61,6 %).

Ausbau und Sanierung

In Gamsenried, zwischen Visp und Brig-Glis gelegen, befinden sich auf einer Deponie hauptsächlich Rückstände aus der Chemikalienproduktion des Lonza-Konzerns. Diese werden immer mehr zum Problem. Daher muss das Unternehmen, das vor 125 Jahren zur Nutzung der Wasserkraft des Flusses Lonza in Steg VS gegründet wurden, die Altlasten bereinigen. Für die Sanierung der Deponie wurden dazu in der Bilanz des letzten Geschäftsjahrs gemäss Rechnungslegungsvorschriften Rückstellungen in der Höhe von 285 Millionen Franken gebildet. Für Lonza-CEO Pierre-Alain Ruffieux dürften mit den Rückstellungen «ein Grossteil der Kosten» der Sanierung abgedeckt werden können, wie er in einem WB-Interview erklärte. Doch weil die Sanierungsarbeiten Jahrzehnte dauern werden und die Kosten schwer abschätzbar sind, verlangt der Kanton langfristige Garantien und die Oberwalliser Gruppe für Umwelt und Verkehr (OGUV) sowie wei-

tere Organisationen eine «sichere, einmalige und definitive» Sanierung. In den nächsten Jahren will das Life-Science-Unternehmen den Standort Visp bis 2030 zu einem der weltweit führenden Hightechzentren innerhalb des Konzerns entwickeln und dazu bis 2024 annähernd eine Milliarde investieren, ein Teil davon betrifft in den dritten Ixex-Komplex.

Rhonekorrektur beeinträchtigt

Die Situation in Gamsenried hat auch Auswirkungen auf die 3. Rhonekorrektur beim Abschnitt zwischen Brig-Glis und Eyholz, die aufgeschoben werden musste. Dagegen werden im Unterwallis die korrektiven Baumassnahmen bei der Rhone wie geplant umgesetzt. Für die Bauarbeiten bei Martinach sowie auf den Abschnitten Siders-Grône und Riddes-Chamoson beantragte der Staatsrat beim Grossen Rat mehrere Verpflichtungskredite von gesamt 118 Millionen Franken.

Tatsächlich ist der Kanton aufgrund der Topographie vielen Naturgefahren ausgesetzt wie der tauende Permafrost, Hangrutsche oder Murgänge nach starkem Regen. Das Wallis gehört zur Kategorie der Kantone, die laut dem Bundesamt für Umwelt Bafu eine «erhebliche Belastung» zu tragen haben. Das heisst: Auch wenn keine aussergewöhnlichen Ereignisse eintreten, muss der Kanton bis 2032 rund 2,1 Milliarden Franken für den Schutz vor Naturgefahren aufwenden.

Beim Spital in Brig wird gebaut

Auch den Neu- und Erweiterungsbau des Spitalzentrums Oberwallis SZO kann der Kanton in Brig nun endlich realisieren, nachdem drei Beschwerdeführer das Projekt jahrelang blockierten. Nach einem Urteil des Bundesgerichts werden die Spitäler Visp und Brig künftig an einem Standort vereint. Der Staatsrat hatte bereits im März 2021 eine aufschiebende Wirkung der Beschwerden abgelehnt.

Umgesetzt wird das Siegerprojekt «United» der Burckhardt und Partner AG, das bereits seit Juni 2016 vorlag. Die Investitionen belaufen sich auf 137,5 Millionen Franken. Aufgrund der jahrelangen Verzögerung wegen den Beschwerden fällt der Baubeginn in eine Zeit mit massiv steigenden Materialkosten für Baustoffe, was finanzielle Folgen haben dürfte. Wie das kantonseigene Spitalgebäude in Visp künftig genutzt wird, ist ungewiss. Angedacht war eine Mehrfachnutzung im Gesundheits- und Gesellschaftsbereich. ■



Die Situation in Gamsenried hat auch Einfluss auf die 3. Rhonekorrektur. Auf dem Streckenabschnitt zwischen Brig und Eyholz bei Visp wurden die Bauarbeiten auf später verschoben.